

dem Tieffliegerabwehrsystem „Roland“, beteiligt ist.

Einige der weiblichen Spione standen in städtischen Diensten, so bei den Einwohnermeldeämtern Düsseldorf und Bielefeld. Eine weitere Ost-Späherin residierte, gemeinsam mit ihrem Agentengatten, einem EDV-Mann, im Statistischen Amt der Stadt Wuppertal.

Über die Aufgaben anderer Flüchtlinge, deren Beruf nichts zum Ausspähen hergab, rätseln die Ermittler noch. Von einem gutaussehenden Junggesellen, einem Photographen aus Frechen, nehmen sie an, daß er die Akquisition von Sekretärinnen im Raum Bonn/Köln betrieb. Der Verkäufer in einem Spielwarengeschäft in Kornwestheim oder auch der Kontrollleur in einer Baubeschlagfirma in Ennepetal könnten allenfalls als Kontakteleute oder Kurierere brauchbar gewesen sein — oder aber sie wurden, wie etwa der Ultraschalltechniker, der in einem privaten Ingenieurbüro arbeitete, womöglich für zukünftige Aufgaben präpariert.

Denn fast alle, die getürmt sind, wie auch die meisten der Verhafteten wurden nach Kölner Erkenntnis von der HVA als Perspektiv-Agenten in die Bundesrepublik eingeschleust, einzelne schon 1960, andere erst in jüngster Zeit. Sie waren mit gefälschten Papieren ausgestattet — nach einer Methode, die Meiers Leute gerade entlarvt haben.

Die jetzt Geflüchteten erhielten Namen und Legende von einstigen DDR-Bewohnern, die eine Zeitlang in der Bundesrepublik lebten, dann aber in ihre frühere Heimat zurückkehrten. Deren Leben führten die Neucinwanderer dann in der Bundesrepublik quasi fort. Mit seinem Computer, mit dessen Hilfe die Einwohnermeldekarteien durchforstet werden, schickt sich Meier an, solche Legenden systematisch zu entlarven.

Eine andere, inzwischen enttarnte Wolf-Methode hat die Kölner Abwehr auf die Fährte der Anfang Juni verhafteten Agentenführer gebracht. Die Kölner hatten herausgefunden, daß die DDR eine Art staatliche Heiratsvermittlung betreibt: Sie schickte jeweils einen Mann und eine Frau getrennt und scheinbar einander unbekannt in die Bundesrepublik, ließ sich das Paar wie zufällig finden und bald darauf vors Standesamt treten.

Und noch eine Besonderheit bekamen die Kölner spitz. Als Heiratsland wählte das MfS mit auffälliger Häufigkeit Dänemark aus. Drei Ehen wurden in Kopenhagen geschlossen. Ein Kölner Student der Betriebswirtschaft heiratete in Esbjerg, das Koblenzer Residenten-Pärchen, das zur Festnahme der Agenten Lutze und Wiegel im Verteidigungsministerium beitrug, im dänischen Odense. Nur Wolfram und Carla Kaune, letzter Wohnsitz Rotterdam, vermählten sich in der Bundesrepublik, am 30. Mai 1974 in Osnabrück.

TERRORISTEN

Zuviel Schrot

Einer neuen Taktik schreiben westdeutsche Staatsschützer die Festnahme der Anarchisten Rolf Pohle und Monika Berberich zu: Mobilmachung der Bürger.

Vor der Snackbar „American-Santa Maria“ am Syntagma-Platz in Athen wartet Polizeiführer Pantelis Kyriakopoulos auf einen sonnengebräunten Mann, der drinnen sitzt bei Backhuhn mit Pommes frites. Als er aufsteht, gibt Kyriakopoulos das Zeichen. Sieben Mann fallen auf der Straße über den Spaziergänger her: Der Terrorist Rolf Pohle ist gefaßt.

Daß er gefangen werden konnte, war Zivilisten zuzuschreiben. Ein deutscher

hatten sie erkannt und die Polizei alarmiert.

Die fast zeitgleichen Fangerfolge von Berlin und Athen schreiben die bundesdeutschen Sicherheitsbehörden einer neuen Taktik zugute, auf die sie — besonders nach der Terroristinnenflucht in Berlin — umgerüstet haben: Fahndung mit Hilfe der Bevölkerung.

Und seit nicht mehr nur verdeckt observiert, getarnt infiltriert wird, seit die Polizei spektakulären Großeinsätzen abschwor, die oftmals nur Ärger mit betroffenen Unbeteiligten brachten, seit die Behörden mehr noch als bisher auf die Hilfe der Bürger setzen, stellen sich prompt Erfolge ein. Vielleicht Zufall, vielleicht aber auch, wie die „Frankfurter Allgemeine“ schrieb, weil „die Bevölkerung in allen Schichten begriffen hat, daß sie sich am Kampf gegen den Terrorismus aktiv beteiligen muß“.



Öffentliche Fahndung*: Terroristensuche auf türkisch

Urlauber und ein griechischer Zeitungsverkäufer hatten die Fahnder auf seine Spur gesetzt.

Am gleichen Tag, Mittwoch letzter Woche, schlendert gegen 17 Uhr eine junge Frau in Berlin über eine Seitenstraße am Kudamm, geht vorbei an der Frontseite eines dichtgemachten Kinos mit der Aufschrift „Hungerstreik im Knast“, kauft in einem Eckladen Zigaretten und wechselt die Straßenseite.

Sie kommt nur noch bis zum Mittelstreifen, dann springen Beamte einer Verkehrspatrouille zu und überwältigen die Bummlerin: Die Terroristin Monika Berberich ist gefaßt.

Daß sie ergriffen werden konnte, ging auf das Konto von Zivilisten. Ein Kudamm-Anrainer und ein Passant

* Mit den Porträts der entflohenen Anarchistinnen Gabriele Rollnick (l.), Juliane Plambeck und der wieder gefaßten Monika Berberich.

Die beiden, die nun daran glauben mußten, waren der Polizei besonders willkommen. Monika Berberich gehörte zu den vier Anarchistinnen, deren mühelose Flucht aus dem Berliner Frauengefängnis Anfang des Monats Politiker wie Justiz in Bedrängnis gebracht hatte. Wegen Bankraubs und der Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung war die ehemalige Rechtsassessorin 1974 zu zwölf Jahren Haft verurteilt worden. Ihr Stellenwert in Anarchokreisen allerdings wurde nur gering veranschlagt.

Anders Rolf Pohle. Der Münchner Professorensohn gilt als eine Zentralfigur der Baader-Meinhof-Gruppe, deren Waffenbeschaffer er lange Zeit war. Den zu sechs Jahren und fünf Monaten Freiheitsentzug Verurteilten hatten die Entführer des Berliner CDU-Landesvorsitzenden Peter Lorenz



Berberich-Festnahme: Besonders willkommen

im März 1975 freigeprüft. Seither vermuteten ihn Fahnder im Zentrum des internationalen Terrorismus.

Und gesucht wurde er von da an vor allem von den Bayern. Denn nach dem Überfall auf die Wiener Opec-Konferenz letzten Dezember, bei dem allem Anschein nach die ebenfalls durch die Lorenz-Entführung freigekommene Gabriele Kröcher-Tiedemann beteiligt gewesen war, hatten sich die Innenminister der Bundesländer auf separate „Zielfahndung“ verständigt: Jeder sollte den suchen, der ihm aus der Haft abhanden gekommen war.

Gefunden wurde Rolf Pohle schließlich von einem bayrischen Bürger. Auf der griechischen Sonneninsel Mykonos, wo im Sommer Männer gerne unter sich sind, hatte Anfang Juli der Tourist Ähnlichkeiten zwischen einem Insel-Besucher und heimatischen Fahndungsphotos registriert und telephonisch nach München gemeldet — „sehr konkret“, wie ein bayrischer Minister lobte.

Unverzüglich setzten die Staatsschützer ein als Urlauber-Paar getarntes Fahnder-Duo auf die Fährte jenes Señor Adolfo Lopez Christobald Frendle, der Rolf Pohle so gleichen sollte, schon am 27. Mai mit der Fähre von Italien auf die Kykladen-Insel gekommen war und sich mit einem peruanischen Paß, Nr. 15 745, bei der Einreise ausgewiesen hatte. Erst mal, so kalkultierten vorsichtig die Bayern, sollte die Identität des Terroristen zweifelsfrei sein.

Letzten Mittwoch traf bei der Athener Ausländerpolizei ein Fernschreiben der deutschen Interpol-Gruppe ein: „Verhaften Sie Rolf Pohle.“ Jedoch, die beiden nach Griechenland entsandten Späher konnten den Athener Behörden nun nur noch mit Photos und

Fingerabdrücken des Gesuchten beisteuern — ihn selber hatten sie aus den Augen verloren.

Pohle war unterdessen im Hauptstadt-Hotel „Ilion“, Zimmer 407, abgestiegen, für 230 Drachmen die Nacht, etwa 15 Mark. Daß er binnen weniger Stunden gefaßt werden konnte, lag unter anderem an den Lesegewohnheiten des Señor Adolfo. Die Beschatter hatten beobachtet, daß Pohle mit Vorliebe die „Süddeutsche Zeitung“ las. Die aber ist in Athen nur an bestimmten Kiosken im Zentrum zu haben.

Flugs wurden alle Verkaufsstellen mit Pohle-Photos versorgt. Als der Anarchist dann am Mittwochabend beim Stand in der Othonos-Straße tatsächlich sein Leibblatt erwarb, rückte Sondertrupp-Chef Kyriakopoulos zum Einsatz aus. Erst ließ er Pohle noch zu Abend essen und einige seiner Leute am Nebentisch mitspeisen, dann griff er zu.

Daß Pohle, der zu den 14 meistgesuchten Anarchisten zählte und nach dem Polizisten aller möglichen Länder gespäht hatten, nun von einem Feriengast entdeckt wurde, scheint deutsche Beamte neuerdings nicht mehr zu genieren. Wie der bayrische Innenminister Bruno Merk den Fang von Athen als Erfolg der „von Bayern mit Nachdruck geforderten Öffentlichkeitsfahndung“ reklamiert, schmückt sich auch Berlins Staatsschützer Manfred Kittlaus mit der „massiven Öffentlichkeitsfahndung“, die Monika Berberich wieder in Haft gebracht hatte. Und mit der Methode wollen Kittlaus und Kollegen noch weiterkommen.

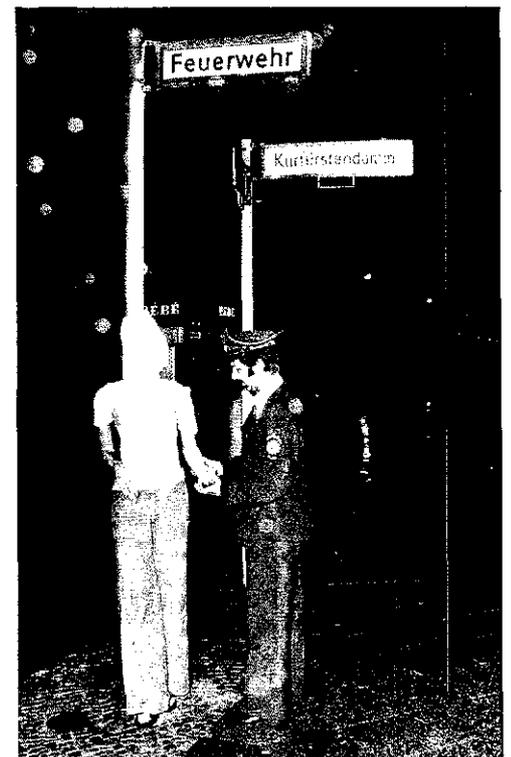
Bereits am Tag nach dem Ausbruch und von da an „so gut wie Tag und Nacht“ (Kittlaus) lieferten Druckma-

* Mit den Kleidern, die Monika Berberich bei ihrer Festnahme trug.

schinen Fahndungsblätter und Polizeihandzettel, die unterm Volk verteilt wurden — zu guter Letzt gar in türkischer und serbokroatischer Sprache. In Gastarbeitersendungen des Fernsehens meldete sich der Staatsschutz zu Wort, Kreuzberger Anatolen buchstabierten in ihren Zeitungen die Namen der Entflohenen. Deutsche Ladeninhaber als Polizisten: In Tankstellen kleben Steckbriefe hinter der Kasse, in der Lesbenkneipe liegen sie unter dem Tresen, Briefträger haben sie in der Tasche.

Angeregt durch 50 000 Mark Belohnung pro Person, sparten die Amateurfahnder — mehr als tausend in vierzehn Tagen — denn auch nicht mit Hinweisen. Tat sich um einen alten Bunker Verdächtiges — der Staatsschutz erfuhr es. War es in der Nachbarwohnung nächtens besonders still oder ausgesprochen laut, regte sich was trotz Urlaubsreise der Bewohner oder blieben Jalousien verdächtig lange geschlossen — die Polizei war auf dem laufenden.

Und auch nach dem ersten Teilerfolg lief der Apparat weiter auf Hochtouren. Noch in der Nacht nach der Festnahme von Monika Berberich streiften 180 Beamte in Uniform und Zivil durch das Halenseer Kudamm-Geviert und klopfen an Hunderte von Türen. Vierzig Beamte filzten nach Tips aus der Bevölkerung ein leerstehendes Kino oder überprüften im Schein von Taschenlampen einen 200 Meter langen Dachboden. Polizeilautsprecher mobilisierten bis gegen 23 Uhr schläfrige Anwohner: „In dem Lautsprecherwagen der Polizei befind-



Fahndungs-Puppe*
Steckbrief unter dem Tresen

det sich eine Puppe, die wie die Monika Berberich angezogen ist. Die Polizei bittet die Bevölkerung, sich die Puppe anzusehen.“

Ganz ungeteilt sind die Meinungen über die neue Volks-Fahndung unter Polizisten allerdings nicht. Ein hoher Beamter des Bundeskriminalamtes letzte Woche: „Das sind doch zu viele Schrotschüsse blindlings in die Luft.“

WETTBEWERB

Einfach eine Tochter

Die Marktwirtschaftswächter der Monopol-Kommission sind unzufrieden mit deutschen Großbanken: Ihre Macht gefährde in bestimmten Bereichen den Wettbewerb.

Zwei Jahre lang prüfte die Monopol-Kommission im Auftrag der Bundesregierung, ob in Westdeutschland

So gab etwa die Mainzer Landesbank, deren Verwaltungsratschef Helmut Kohl als CDU-Kanzlerkandidat Wahlreden über den „unschätzbaren Wert der Wettbewerbsordnung“ hält, nur magere Auskünfte über ihre eigene Marktmacht. Und die Kieler Landesbank, deren oberster Chef, der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg (CDU), stets mehr „Freiräume für Bürger und Wirtschaft“ verspricht, ließ sich gar nicht in die Bücher sehen.

Von den 328 Kreditinstituten, die um Auskunft über ihre Macht gebeten wurden, haben 39 die Fragen der Monopolkommissare nicht oder nur unvollständig beantwortet. „Das Ergebnis“, so klagt Professor Ernst-Joachim Mestmäcker, Vorsitzender der Untersuchungskommission, „ist sehr mager.“

Vor allem die Branchenführer sperren sich gegen die Untersuchung. Kein einziger Großbankier ließ genau kontrollieren, ob seine Geschäftspolitik

den Verdacht geriet, ein Unternehmerfeind zu sein: „Da wird häufig Marktwirtschaft mit einer Garantie des Status quo verwechselt — das führt uns auf die Dauer in den Privilegienstaat.“

Heute schon, das fanden die Monopol-Kommissare heraus, sind die Bankiers in der westdeutschen Wirtschaft ein privilegierter Stand. Ihr Einfluß, aber auch ihre Möglichkeiten, aus Geld noch mehr Geld zu machen, ist beispiellos. Bei 31 Prozent aller westdeutschen Aktiengesellschaften sitzen Bankiers im Aufsichtsrat. Die drei Großen der Branche, die Deutsche, die Dresdner und die Commerzbank, kontrollieren auf diese Art 320 Aktiengesellschaften. Allein 28 der 100 größten deutschen Firmen sind fest in der Hand der Bankiers. Sie halten bei diesen Firmen über 25 Prozent des stimmberechtigten Kapitals.

Bei der Monopol-Kommission gaben die Großbanken an, sie besäßen Beteiligungen im Nominalwert von 952,5 Millionen Mark. Nach den Recherchen der Forscher sind es fast 600 Millionen Mark mehr.

Bereits in der Konzentrationsenquête von 1964, die erstmals nach Kriegsende die Macht der Banken untersuchte, wurde festgestellt, daß vor allem die größten Institute in wenigen Jahren einen beachtlichen Beteiligungsbesitz zusammengerafft hatten. Schon 1960 beherrschten danach die großen Drei der Branche 59 Firmen. Dagegen waren die Girozentralen fast arm. Sie konnten insgesamt nur fünf fremde Unternehmen kommandieren.

Seither haben beide Zweige der Branche ihre Machtstellung kräftig verstärkt. Allein von 1973 bis Ende vergangenen Jahres kauften die drei Großbanken 19 jener Unternehmen auf, die im Sprachgebrauch der Kreditwirtschaft herablassend „Nichtbanken“ heißen. Die Girozentralen erwarben sogar 33 Unternehmen.

Die Bankiers haben längst eingeführt, was sie sonst immer vehement ablehnen: eine Art von Investitionslenkung. Sie wirken in vielen Unternehmen, so urteilen die Monopol-Kommissare, „an der Entscheidung über einzelne Investitionsprojekte, deren Umfang und Realisationszeitpunkt mit“.

Bankenverbandspräsident Friedrich Wilhelm Christians, Vorstands-Sprecher der Deutschen Bank, bestreitet nicht, „daß wir Einfluß haben“. Christians ist sogar stolz darauf: „Es ist auch wichtig, daß wir im Rahmen der Wettbewerbsordnung unseren Einfluß geltend machen.“

Doch Wettbewerbsforscher Mestmäcker sieht es anders: Die vielfältigen Einflüsse der Bankiers, vor allem der Großbankiers, so behauptet er, seien gefährlich, weil sie „zu Investitionsabstimmungen“ führen können“. Die deutschen Kreditfürsten verstoßen damit gegen jenen marktwirtschaftlichen



Monopol-Kommissar Mestmäcker (M.), Kollegen*: „Das war sehr mager“

noch Marktwirtschaft herrscht. Als die fünf unabhängigen Wettbewerbs-Kontrollure am Donnerstag letzter Woche im Mainzer Rathaus ihren Bericht an Bundeswirtschaftsminister Hans Friedrichs übergaben, legten sie einen Namens-Katalog derjenigen bei, die ihre Forschung behindert hatten.

Die schwarze Liste ist verblüffend. Ausgerechnet jene Wirtschaftsführer und Politiker, die sich stets als Hüter von Marktwirtschaft und Freiheit empfehlen, wollten ihren eigenen Beitrag zur Erhaltung des westlichen Systems nicht kritisch überprüfen lassen.

* Von links: Dieter Fertsch-Röver, Erhard Kantzenbach, Josef Murawski, Erich Mittelstenscheid.

mit der Marktwirtschaft vereinbar sei. Von den zwölf großen Girozentralen füllten nur zwei Institutsvorsteher, die Chefs der Hessischen Landesbank und der Badischen Kommunalen Landesbank, die Fragebögen der Forscher korrekt und vollständig aus.

„Falls die Bankiers hofften, durch diese Taktik ihre Macht der politischen Diskussion zu entziehen“, so warnt Monopol-Kommissar Mestmäcker, „war das der schlechteste Weg.“ Über seine Erfahrungen mit der Branche sagt der neolibérale Wirtschaftsjurist, der als Lieblingsschüler des international renommierten Miterfinders der „Sozialen Marktwirtschaft“, Franz Böhm, nie in